

## Sektion Europasozio­logie

Jahrestagung »Europa uneins. Solidaritätskonflikte im europäischen Integrationsprozess« am 18. und 19. März 2021, *online*

Solidaritätskonflikte prägen nicht nur den Krisenmodus der EU – etwa während der Flüchtlingskrise, der Finanzkrise, den Brexitverhandlungen oder aktuell in der durch Covid-19 hervorgerufenen Krise – sondern auch ihren Normalbetrieb, denn in dem Maße, in dem die Mitgliedstaaten mit fortschreitender Integration stärker voneinander abhängig wurden, nahm auch das Konfliktpotential zu. Diesen Solidaritätskonflikten widmeten sich die acht Vorträge auf der in digitaler Form stattfindenden Jahrestagung der Sektion Europasozio­logie. Dadurch gerieten gleichermaßen aktuelle pandemiebedingte Solidaritätsfragen als auch integrationsinduzierte Konflikte um Solidarität in den Fokus.

Jürgen Gerhards (Berlin) eröffnete das Panel »Europäische Solidarpraktiken« mit einem begriffstheoretischen Vortrag. Gerhards plädierte für ein Webersches Verständnis von Solidarität als mikrosoziologische Kategorie. Als spezifische Form sozialen Handelns sei Solidarität durch einen freiwilligen Transfer von Ressourcen ohne direkte Gegenleistung aufgrund einer asymmetrischen Situation zwischen der Geber- und Empfängerperson in Bezug auf diese Ressource gekennzeichnet. Daran schließt die Frage an, wie sich solidarisches Handeln erklären lässt. Gerhards schlägt vor, sich dieser Frage über die unterschiedlichen Motivlagen der Akteur\_innen zu nähern, die sich idealtypisch als zweckrational, wertrational, affektiv oder traditional begreifen lassen. Eine solche begriffsstrategische Annäherung ermögliche es, das Phänomen Solidarität von dessen Erklärung analytisch zu trennen.

Der zweite Vortrag von Ricardo Kaufer (Greifswald) untersuchte parteipolitische Diskurse über coronabezogene Solidarität in fünf westeuropäischen Staaten während der ersten Jahreshälfte 2020, die rückblickend als erste Welle der Pandemie bezeichnet wird. Damit schloss Kaufer an klassische Traditionen in der europäisch-vergleichenden Parteienforschung und der Politischen Soziologie an. Er nahm die unterschiedlichen Parteipositionen im Kontext der aktuellen Corona-Politik in vergleichender Perspektive mittels Dokumentenanalyse in den Blick und verglich insbesondere die divergierenden Präferenzen für gemeinsames europäisches Handeln und europäische Solidarität. Die parteipolitischen Konfliktlinien, so Kaufer, haben sich während der Pandemie nicht verschoben, sondern bilden einen klassischen Rechts-Links-Konflikt ab.

Zsófia S. Ignácz (Frankfurt am Main) analysierte in ihrem Vortrag die Robustheit von Präferenzen zu gesamteuropäischen sozialpolitischen Maßnahmen aus dem *European Social Survey* und dem *Transnational European Solidarity Survey* aus dem Jahr 2016 und näherte sich so der Frage der Vergleichbarkeit von Erklärungsmechanismen. In beiden Datensätzen dominieren die Effekte kultureller Faktoren in der Erklärung transnationaler Umverteilungspräferenzen, während strukturelle Faktoren wie die sozioökonomische Stellung wider Erwarten kaum eine Rolle spielen. Was die Institutionalisierung europäischer Solidarpraktiken betrifft, erweisen sich also insbesondere politische Identitäten und individuelle Werteinstellung als konfliktträchtig.

Im Panel »Transnationale Konflikte« stellten *Boris Heizmann und Nora Huth* (Köln) erste Ergebnisse einer Studie zu Covid-19 und migrationsbezogenen Einstellungen in elf europäischen Ländern vor. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass die aktuelle Pandemie Solidaritätskonflikte verschiebe und dass Krisen zur Abwertung sogenannter *out-groups* führen können, untersuchten sie den Einfluss Covid-19 bezogener Faktoren auf Einstellungen zur Zuwanderung. Laut Heizmann und Huth zeichne sich jedoch keine Verschärfung der Konflikte ab, da keine signifikante Veränderung der migrationsbezogenen Einstellungen der befragten Personen zu verzeichnen sei.

*Eloisa Harris* (Bremen), *Raphaella Hobbach* (München), *Anna Kyriazi* (Mailand), *Christopher Starke* (Düsseldorf) und *Stefan Wallaschek* (Flensburg) analysierten die öffentliche Kommunikation von europäischen Staats- und Regierungschefs zu Covid-19 zwischen Februar und Juli 2020 und knüpften damit eng an den Vortrag von Käufer an. Anhand einer qualitativen Frameanalyse zeigten sie, dass Solidarität in diesem Zeitraum eine große Rolle in der Regierungskommunikation spielte. Die räumliche Verortung von Solidarität variierte jedoch, da beispielsweise Emanuel Macron in Frankreich nationale wie europäische Solidarität stark hervorhob, während der britische Premierminister Boris Johnson oder der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sich fast ausschließlich auf nationale Solidarität bezogen. In der Pandemie zeigen sich demnach weniger neue politische Positionen als bereits aus der Eurokrise oder europäischen Migrationskrise bekannte.

Im Zentrum des Panels »Solidaritätskonflikte – institutioneller und struktureller Wandel« stand institutionalisiertes oder in unterschiedliche soziale Ordnungen eingebettetes solidarisches Handeln. *Sören Carlson* (Flensburg) fragte in seinem Vortrag nach Hinweisen für eine transnationale Klassenbildung. Aus einer historisch-soziologischen Perspektive verglich er die Herausbildung einer bürgerlichen, gewissermaßen transnationalen Klasse im

Deutschen Reich des späten 18. und 19. Jahrhunderts im Vorfeld der Nationenbildung mit gegenwärtigen Entwicklungen in Europa und knüpfte damit an die seit längerem kontroverse Diskussion um die Herausbildung transnationaler Lebensstile an. Carlson zeigte, wie sich das deutsche Bürgertum über bestehende geographische Grenzen hinweg als soziale Gruppe formierte, eine spezifische Kultur teilte und sich gegenüber anderen Gruppen abgrenzte. Mit gegenwärtigen Praktiken und Ausgangsbedingungen in Europa sei dieser Prozess teilweise vergleichbar, es gebe aber auch deutliche Unterschiede.

*Hannah Heyenn* (Kassel) untersuchte in ihrem Vortrag den institutionellen Wandel der sozialen Sicherung osteuropäischer Unionsbürger\_innen in Deutschland. Am Beispiel polnischer Unionsbürger\_innen in Berlin analysierte sie die vorhandenen Unterstützungsangebote auf lokaler Ebene. Dabei zeigte sie, dass es zu einer Verschiebung weg von formalisierter Unterstützung hin zu projektförmigen Hilfen kam. Die Folgen sind, dass das Angebot zwischen den Bezirken stark variiert und zwischen Herkunftsländern und Gruppen differenziert wird. Heyenn stellte die These der selektiven, nach Herkunftsland segregierten Solidarität auf, der zufolge die sozialen Rechte osteuropäischer Binnenmigrant\_innen systematisch negiert werden. Auf lokaler Ebene, so Heyenn, komme es dadurch zu einer Unterhöhlung der an die Unionsbürgerschaft geknüpften sozialen Rechte.

Auf dem die Tagung abschließenden Buchsymposium wurde das 2020 erschienene Buch »Netzwerk Europa« von Jan Delhey, Emanuel Deutschmann, Monika Verbalyte und Auke Aplowski diskutiert. Anhand einer umfassenden Netzwerkanalyse demonstriert die Studie, wie die binneneuropäischen Verflechtungen in den Bereichen Migration, Auslandsstudium, Tourismus und Telefonie seit 1960 stetig zugenommen haben. In der Diskussion wurden die Befunde mit der Frage verknüpft, ob eine europäische Gesellschaft entsteht und welche Solidaritätskonflikte damit einhergehen. Abschließend ist hervorzuheben, dass die Tagung die gesamte Bandbreite der europasozioologischen Forschung adressierte und gleichermaßen Nachwuchsforschende wie etablierte Wissenschaftler\_innen zu Wort kamen.

Stefanie Börner, Stefan Wallaschek

## Sektionen Wissenssoziologie und Politische Soziologie

»Israelbezogener Antisemitismus: Aktuelle Erscheinungsformen, historische Bezüge und theoretische Zugänge«. Tagung des Arbeitskreises Antisemitismusforschung am 17. Juni 2021 an der Universität Passau, *online*

Die von *Karin Stögner* (Passau), *Claudia Globisch* (Nürnberg-Erlangen), *Lotta Mayer* (Wuppertal) und *Sarah Kleinmann* (Berlin) als Webinar organisierte Auftaktveranstaltung des im September 2020 beim DGS-Kongress gegründeten Arbeitskreises Antisemitismusforschung zielte darauf, eine so virulente wie gerade in jüngster Zeit kontrovers diskutierte Form des Antisemitismus auch in der Soziologie sichtbar zu machen. Doch was bedeutet israelbezogener Antisemitismus? Welche methodischen Ansätze bieten sich zu seiner Erforschung an? Welche Ausprägungen lassen sich historisch und gegenwärtig ausmachen und an welche Diskurse schließt er an? Damit blieb die Tagung nicht nur bei einer Definitionsfrage stehen, sondern stellte die spezifischen Formen eines israelbezogenen Antisemitismus in unterschiedlichen (rechten, linken, islamistischen, postkolonialistischen bis zu feministischen) Debattensträngen heraus.

Um das gesellschaftliche Phänomen in seiner ganzen Bandbreite zu begreifen, scheute die Tagung den Austausch mit anderen Disziplinen nicht: So wurde das erste von drei Panels mit einem Vortrag des Historikers *Volker Weiß* (Innsbruck) zu Israel in den Augen der Neuen Rechten eröffnet. Hier kritisierte Weiß die falsche Annahme einer proisraelischen und projüdischen Haltung der Neuen Rechten, der demonstrative proisraelische Parteimahnen rechtspopulistischer Akteur:innen Vorschub leisteten. Er veranschaulichte anhand interner Debatten, dass der zunehmend verschwindende »Proisraelismus« in erster Linie nicht nur von antiarabischen, sondern vor allem von geschichtsrevisionistischen Haltungen motiviert war und ist. Weiß zeigte, dass sich in der Neuen Rechten zunehmend eine antisemitische Generalerzählung durchgesetzt hat, die den Staat Israel als Strippenzieher hinter einer »Überfremdung Europas« (»Großer Austausch«) imaginiert und sich klassischer verschwörungsideologischer Motive bedient.

Claudia Globisch präsentierte eine Typologie des israelbezogenen Antisemitismus in der politischen Linken. In Abgrenzung zu vorherrschenden politischen Antisemitismusbegriffen ging Globisch von einem auf Semantiken zielenden Begriff des Antisemitismus aus, der Antisemitismus nicht als bloßes Vorurteil, sondern als eine stabile Weltanschauung sieht, für die ein komplementäres Selbst- und Fremdbild konstitutiv ist. Hierin machte Globisch auch eine Anschlussfähigkeit für unterschiedliche linke Spektren (sei

es antiimperialistisch, globalisierungskritisch oder klassenbezogen) aus, deren homogenisierende, Kollektivkonstruktionen in der Vergangenheit und Gegenwart einer relativierenden Täter-Opfer-Umkehr dienen, die ebenfalls in verschwörungstheoretischem Denken münden können.

Im zweiten Panel ermöglichten *Günther Jikeli* (Indiana) und *Ulrike Marz* (Rostock) einen Einblick in die internationalen Diskussionen und Variationen des israelbezogenen Antisemitismus. Der Historiker Jikeli stellt hierbei die Debatte um die Antisemitismusdefinition der *International Holocaust Remembrance Alliance* vor, die wesentlich auf jüdischen Erfahrungen basiert. Im Fokus stand hier die Problematisierung des Versuchs der *Jerusalem Declaration*, israelbezogene Erscheinungsformen des Antisemitismus aus der Definition zu streichen. Demgegenüber zeigte Jikeli wie die IHRA-Definition in der empirischen Sozialforschung Anwendung finden kann, indem er einen Einblick in seine Untersuchungen zu Antisemitismus in Sozialen Medien lieferte.

Ulrike Marz richtete den Blick auf den Iran. Sie stellte heraus, dass der auf Vernichtung eines »jüdischen Weltstaats« zielende Antizionismus des iranischen Regimes ein antizionistischer Antisemitismus ist. Nach einer historischen Einführung in das Verhältnis von europäischer Moderne und Antisemitismus erläuterte sie die moderne Variante des iranischen Islamismus, der in der antisemitistischen Konstruktion des Westens und Israels als universalem Feind kulminiert. Marz fasste den Antisemitismus als Teil eines Antimodernismus, der sich wesentlich gegen die kulturellen Aspekte der Moderne wendet und als Welterklärungsversuch fungiert, indem er die abstrakten, modernen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse personalisiert und auf Jüdinnen und Juden projiziert.

Im letzten Panel sprachen *Philipp Lenhardt* (München) und Karin Stögner. Beide konzentrierten sich auf einen israelbezogenen Antisemitismus, wie er in sozialtheoretischen Ansätzen des Postmodernismus und der Intersektionalität zum Tragen kommen kann. Lenhardt beschäftigte sich mit postkolonialen Formen des Antisemitismus am Beispiel von Achille Mbembe. Er sprach hier von einem »Opferkonkurrenzantisemitismus«. Ausgehend von einer Nivellierung der Shoah, die in einem Dickicht von »Verbrechen des Westens« zum Verschwinden gebracht wird, tendiert der israelbezogene Antisemitismus zur Dämonisierung, indem der jüdische Staat Israel beschuldigt wird, Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden zu manipulieren, auszugrenzen oder auszubeuten. Die Besonderheit dieser Schuldumkehr des postkolonialen Antisemitismus liegt nach Lenhardt darin, dass Jüdinnen und Juden ein vermeintliches Privileg auf

einen Opferstatus streitig gemacht werden soll. Er illustrierte diese Ausprägung an Auszügen im fundamental christlich und anti-judaistisch geprägten Werk von Mbembe, das die nationalsozialistische Vernichtungspolitik auf Israel projiziert und einen »Holocaust an Palästinensern« impliziert.

Zum Abschluss ging Karin Stögner auf die besondere Verstrickung von feministischen Strömungen und Antisemitismus ein. Sie hob hervor, dass der vorherrschende intersektionale Feminismus Antisemitismus häufig nicht berücksichtigt oder ihm – in seiner antizionistischen und antiimperialistischen Prägung – sogar eine oppositionelle Kraft zuspricht. Sie veranschaulichte an zahlreichen Beispielen, wie sich ein Ansatz, der über verschiedene Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnisse aufzuklären beansprucht, immer wieder in Widersprüche verfängt, wenn patriarchale und homophobe Gewaltverhältnisse innerhalb der palästinensischen Gesellschaft zugunsten eines israelbezogenen Antisemitismus verkannt oder geleugnet werden. Stögner ging es letztlich aber nicht um ein Verwerfen des intersektionalen Anliegens, vielmehr sprach sie sich dafür aus, den Intersektionalitätsansatz für die Antisemitismusforschung fruchtbar zu machen, indem die objektiven Durchdringungsverhältnisse unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse wieder in den Blick genommen werden. So erscheint die Antisemitismusforschung laut Stögner letztlich selbst als ein intersektionales Projekt, das über die besondere Anschlussfähigkeit von Antisemitismus mit Ideologien unterschiedlicher Prägung aufklärt.

Schließlich wurde die dringliche Aufgabe für die Soziologie deutlich, sich weiter mit den verschiedensten Formen des Antisemitismus auseinanderzusetzen und in Dialog mit anderen Disziplinen zu treten. Diesbezüglich lassen die konstruktiven Diskussionen auf der Tagung auf einen Sammelband hoffen, in dem die unterschiedlichen, einander ergänzenden Beiträge weitere Ausführung finden.

Jennifer Stevens

## Arbeitskreis Organisation und Bewertung

»Organisierte Personenbewertung«. Workshop am 26. und 27. November 2020, *online*

Der zweite Workshop des Arbeitskreises in der Sektion Organisationssoziologie wurde von Christopher Dorn, Max Kaufmann und Frank Meier organisiert. Die Ausgangsthese der Tagung skizzierte *Frank Meier* (Bremen) in einem Input-Referat, das Personen als besondere und für Organisationen besonders bedeutsame Bewertungsobjekte charakterisierte. Den ersten Vortrag hielt *Stefan Beljean* (Berlin) über Zulassungsprozesse an US-Amerikanischen Elitehochschulen. Diese seien als heterarchische, reaktive Bewertungssysteme zu verstehen. Die Reaktivität äußert sich mitunter darin, dass die Anwärter\*innen viel in die Entwicklung eines individuellen Aufhängers (»hook«) investieren, der ihnen ein Alleinstellungsmerkmal sichern soll. *Stephan Dahmen* (Bielefeld) thematisierte in seinem Beitrag die Personenbewertung im organisierten Kinderschutz. Dabei gab er detaillierten Einblick in eine heterogene Multiplizität von Bewertungstechnologien, die situativ angewendet wird und den Bewertungsprozess organisiert.

Mit der situativ organisierten Personenbewertung befassten sich *Sven Kette* (Luzern) und *Hannah Bennani* (Tübingen) im Kontext der Covid-Pandemie. Ihr konkreter Untersuchungsgegenstand war die Triage in Krankenhäusern, die sie als Bewertungs- und Entscheidungsproblem analysierten. Sie zeigten, dass im Zuge der Triage der universelle Anspruch auf medizinische Behandlung auf divergierende Organisationsrealitäten trifft, die sich in unzureichenden Behandlungskapazitäten manifestieren. Die Triage-Richtlinien operieren deshalb primär als Rechtfertigungsressource für eigentlich unmögliche, aber unvermeidbare Entscheidungen. Den ersten Vormittag rundete *Lisa Walther* (Hannover) mit ihren Ausführungen über die Rolle von externen Begutachtungen in Berufungsverfahren ab. Sie argumentierte, dass die Wahl der Gutachter\*innen für die letztliche Personenwahl zwar entscheidend ist, jedoch primär die Legitimierung der Entscheidung der Berufungskommission bezweckt.

Nach der Mittagspause präsentierte *Thorsten Peetz* (Berlin) Onlinedatingplattformen als eine Form »partieller Organisationen«. Seine Analyse von Mitgliedschafts- und Beitragsbedingungen zeigte, dass sich diese Bedingungen einerseits auf intimen Bewertungen von Personen konstituieren (etwa deren Moral) und dass andererseits, durch die fortlaufende Überwachung und Sanktionierung ihrer Erfüllung, hierarchische Unterschiede zwischen

den Mitgliedern etabliert werden. Im anschließenden Vortrag beleuchtete *Roman Gibel* (Luzern) die zentrale Bedeutung von Personenbewertungen für »obskure Organisationen«, zu denen er unter anderem Service-Clubs, Burschenschaften, Zünfte und Schützenvereine zählt. Am Beispiel von Service-Clubs zeigte er, dass das hier übliche Rekrutierungsverfahren der Kooptation immer auch eine Neubewertung und Umdeutung potentieller Mitglieder zum Ziel hat – konkret: eine Umdeutung von Berufsvertreter\*innen zu wahren Freund\*innen.

*Thomas Matys* (Hagen) präsentierte amerikanische *Mercantile Agencies* als historische Vorläufer der heutigen Ratingagenturen. Diese Kreditauskunfteien sammelten neben geschäftlichen Daten zunächst auch private Informationen über den Lebenswandel von Personen, die stellvertretend zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit der zu bewertenden Organisationen herangezogen wurden. Damit wurden erste Bewertungspraxen etabliert, und der Vortrag zeigte, wie diese sich zu den alphanumerischen Urteilen der heutigen Ratingagenturen transformierten. Zum Abschluss des ersten Veranstaltungstages erörterte *Sophia Cramer* (Luzern/Tübingen) anhand einer ethnografischen Fallstudie, wie sich der Zielkonflikt einer nicaraguanischen Mikrofinanzorganisation – möglichst viele Kredite bei gleichzeitig hoher Rückzahlungsquote zu vergeben – in der alltäglichen Thematisierung individueller Leistungen niederschlägt. Da der Widerspruch zwischen diesen Erwartungen auf organisatorischer Ebene nicht aufgelöst wird, werden dessen Bearbeitung und Folgen im Rahmen der Mitgliederbewertung stattdessen auf die individuelle Ebene verschoben.

Den zweiten Tag eröffnete *Alexander Bendel* (Duisburg-Essen) mit seinem Beitrag zur Bemessung von Arbeitsleistungen und Entgelten in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Unterschiedliche Entgeltsysteme ließen sich danach unterscheiden, inwieweit sie neben konkret erbrachten Leistungen auch andere Personenmerkmale in die Bemessung einbrachten. *Nadine Arnold* (Luzern) und *Christopher Dorn* (Trier) schlugen in ihrem Beitrag vor, sozialen Abfall als theoretische Schlüsselkategorie nutzbar zu machen, über die der Zusammenhang von Organisation und Bewertung konzeptualisiert werden kann. Die These veranschaulichten sie am Fall Krankenhaus, einem wertmäßig hoch aufgeladenen Bereich, in dem Personenbewertung von Personal und Klienten eine zentrale Rolle spielt und die Omnipräsenz von sozialem Abfall umso heikler erscheint. *Max Weigelin* (Eichstätt) widmete sich in seinem Vortrag dem Feld des Profisports und der Bewertung von



Spieler\*innen auf dem Transfermarkt vor dem Hintergrund einer politischen Ökonomie des Fußballs, die er in ihren vielfältigen Dimensionen auffächerte.

*Jacob Reilley* (Hamburg) diskutierte unterschiedliche Formen der Reaktivität auf das medizinische Bewertungsportal Jameda. Ärztinnen und Ärzte beobachten wohl ihre Bewertungen, sie ignorieren und kritisieren sie aber auch – bis hin zu Versuchen, die Bewertungsschemata zu verändern. *Daniela Böhringer* (Duisburg) hat sich im letzten Vortrag der Tagung mit Komplimenten in der Promotionsbetreuung auseinandergesetzt. Dazu untersuchte sie aus konversationsanalytischer Perspektive Videoaufzeichnungen von Betreuungssituationen in strukturierten Promotionsprogrammen. Komplimente machen ihre Rezipienten zu empfangenden, es etabliert sich eine private Beziehung – und das auch im Kontext einer Gruppe; die Etablierung eines größeren Diskussionszusammenhangs wird dadurch vermieden.

Vor allem zwei Besonderheiten des Bewertungsobjekts »Person« wurden in Beiträgen und Diskussionen bei aller Heterogenität der behandelten Felder und Gegenstände immer wieder thematisiert: Zum einen die »Sakralität« des Individuums, die Personenbewertung zu einem heiklen Unterfangen werden lässt, zum anderen die Reaktivität, mit der Personenbewertung grundsätzlich rechnen muss.

Nadine Arnold, Christopher Dorn, Max Kaufmann,  
Frank Meier und Thorsten Peetz